

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Ergänzungspreis vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Abbestellungspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die halbe Spalte Kolonietelle 13 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 10 Uhr

Zur Tagung in Stuttgart.

Stuttgart ist einer der größten Industrieorte Süddeutschlands. Maschinen- und Musikinstrumentenfabrikation bilden neben Textilfabriken und der Industrie für poligraphische Werke die Hauptindustrieweige. Auch die Brau- und Malzindustrie ist in Stuttgart verhältnismäßig gut vertreten, die Mühlenindustrie dagegen gar nicht. Um so stärker wird in und um Stuttgart die Weinherstellung betrieben.

Entsprechend der eingesehnen Industrie hat Stuttgart eine alte und auch eine gute Arbeiterbewegung aufzuweisen. Stuttgart war auch einer derjenigen Orte mit, wo die Institution der Rechtsberatung der Arbeiter ihren Ausgang nahm. Auch auf sozialstatistischem Gebiet, zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, marschierten die Stuttgarter Gewerkschaften immer an der Spitze. Die ersten deutschen und größten Industriebünde, wie der Holzarbeiter- und der Metallarbeiterverband, hatten ihren Zentralsitz in Stuttgart; der Metallarbeiterverband, die Gewerkschaft der Welt, noch heute.

Soweit unsere Bewegung in Frage kommt, waren die Stuttgarter Kollegen bei der Gründung des Verbandes noch nicht dabei. Um so mehr und um so nachhaltiger vertrat sie aber, nachdem sie sich im Jahre 1892 dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter angeschlossen hatten, ihre Interessen. Stuttgart ist eine der wenigen Großstädte des Reiches, wo es in der Brau- und Malzindustrie bei Lohnbewegungen noch nicht zu ernstlichen Kämpfen, Streiks- und Ausperrungen größeren Umfangs kam. Daraus ist natürlich nicht auf ein geringes Klassenbewußtsein der dortigen Kollegenschaft zu schließen als anderswo. Zu danken haben diesen Umstand die dortigen Kollegen ausschließlich ihrer geschlossenen und einheitlichen Organisation. Aus Anlaß des diesjährigen Verbandstages soll an die wichtigsten Begebnisse erinnert werden, um den Kollegen zu zeigen, daß den Stuttgarter Kollegen dennoch ihre Erfolge nicht mühelos in den Schoß gefallen sind.

Die Organisationsbestrebungen der Stuttgarter Kollegen, wenn auch anfänglich auf lokaler Grundlage, lassen sich bis zum Jahre 1882 zurück verfolgen. In diesem Jahre wurde der Lokalverein der Stuttgarter Brauereigenossen ins Leben gerufen, der sich, weil damals noch keine gesetzliche Krankenversicherung bestand, die Unterstützung seiner Mitglieder in Krankheitsfällen zur Hauptaufgabe stellte. Darüber, daß sich der Verein mit Lohn- und Arbeitsfragen befaßt hätte, wurde bis zum Jahre 1890 nicht bekannt. Bei dem Gründungsarrangement des Allgemeinen deutschen Brauerverbandes am 17. August 1885 in Berlin war der Stuttgarter Brauereigenossenverein vertreten. Zum Beitritt konnte sich der Verein trotz des lebhaften Interesses für die neue Gründung nicht entschließen. Der Vertreter des Stuttgarter Vereins, Kollege Schäfer, referierte auf dieser Gründungsversammlung über die Einführung einer Zentralkasse zwecks Unterstützung alter und invalider Brauer. Zum zweiten Verbandstag im Jahre 1886 waren die Verhandlungen über den Anschluß des Stuttgarter Vereins an den Verband soweit gediehen, daß der Anschluß unmittelbar bevorstand. Die damals zwischen dem Verbandsvorstand einerseits und der Redaktion der Vereinszeitung, sowie den meisten Gauvereinen andererseits ausgebrochenen Differenzen, hielten in letzter Stunde den Stuttgarter Verein vom Beitritt ab. Dennoch entsandte er auch zu dem Verbandstage im Jahre 1887 sowie 1891 seine Vertreter. Zum letztgenannten Verbandstag war der Stuttgarter Verein durch den Kollegen Janos vertreten. Die hier ganz besonders von dem Hamburger Delegierten angeschlagenen hohen Löhne gegen das Braufapital, was man in Süddeutschland im allgemeinen noch nicht so gewohnt war, hielten auch dieses Mal den Verein vom sofortigen Beitritt ab.

Die bald nach der Rekonstitutionierung des Verbandes allorts in die Erscheinung getretenen positiven

Erfolge für die Kollegen weckten jedoch in Stuttgart den Drang nach einer strafferen Organisation und nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Inwieweit dieses auch in Stuttgart berechtigt war, beweist, daß dort noch von nachts 1 Uhr bis abends 7 und 8 Uhr für einen Monatslohn von 80 Mk. gearbeitet werden mußte. Ein Stuttgarter Braumeister hatte noch wenige Jahre vorher in einer Brauereifachschrift öffentlich erklärt, daß 6 Stunden Ruhezeit für einen Bierbrauer vollständig genug sei, mehr freie Zeit sei vom Uebel, da sonst den Brauereiarbeitern zu viel freie Zeit zur Selbstbildung bleibe, was nicht erwünscht sei und nicht im Interesse der Braumeister und Brauereien liege.

Nach mehreren Vorträgen des Kollegen Wiehle-Sannover und Reule, welcher inzwischen in seiner Heimat in Stuttgart gelandet war, wurde im Jahre 1892 eine Zahlstelle des Verbandes ins Leben gerufen. In der Gründungsversammlung wurde auch klar, weshalb die Stuttgarter Kollegen sich solange sträubten, dem Verband beizutreten. Ein Bierauschreiber, Mitglied des Stuttgarter Brauereigenossenvereins, erklärte nämlich u. a., daß die Stuttgarter Kollegen nicht zugeben wollten, daß ihr schönes Geld von Württemberg nach Preußen gekandt würde.

Als im Jahre 1889 und 1890 die Brauereiarbeiter sich immer zahlreicher gegen die miserablen Verhältnisse auflehnten, wurden auch die Stuttgarter mobil. Aber wie bescheiden damals auch die Kollegen in Württemberg und in Stuttgart waren, das ergeben die noch vorhandenen Aufzeichnungen aus der im Jahre 1890 in Stuttgart von den Kollegen eingeleiteten Lohnbewegung. Sie gelobten von vornherein, das gute Einvernehmen mit den Arbeitgebern und den Braumeistern nicht stören zu wollen. Als äußeren Ausdruck dafür schlossen sie von vornherein die Berichterstatter der Presse von ihren Verhandlungen aus. Auch wurde vermieden, daß der Brauereigenossenverein sich mit der Forderung identifizierte. Die Bewegung wurde in einer öffentlichen Versammlung am 15. April 1890 eingeleitet. Die Forderungen lauteten:

12stündige Nettoarbeitszeit innerhalb einer 14stündigen Präsenzzeit, die zwischen 4 Uhr morgens und 7 Uhr abends liegen sollte.

Einführung von Wochenlöhnen in Höhe von 18 Mk., worin 4 Stunden Sonntagarbeit einbegriffen sein sollte.

Keinerlei Vorschriften darüber, wo die Kost zu nehmen sei.

Bevorzugung beim Vergaben von Brauerei-Wirtschaften an alte und invalide Brauereiarbeiter.

Die Forderungen wurden im wesentlichen bewilligt, aber nicht in allen Punkten eingehalten. Die damals allgemein von den Unternehmern geübte Praxis, der jungen Organisation die Spitze abzubrechen, um dadurch die Gesamtorganisation verkümmern zu lassen, war auch in Stuttgart in Übung. In der Brauerei Dinkelader wurde beispielsweise vom Unternehmer bzw. von den Borgelegten die Brauerzeitung für die Kollegen von der Post abgefangen und ins Feuer geworfen in der Annahme, daß dadurch auch die Stimmung der Kollegen vernichtet werden könnte. Durch Entlassungen von Vertrauensleuten versuchte man, auch dort die Organisation nicht hochkommen zu lassen. Die Unternehmer haben aber damit ins Wasserfallen gegriffen. Auch die Stuttgarter Kollegen hatten die Bevormundung satt, sie beantworteten, nachdem sie sich der zentralen Organisation angeschlossen, die Entlassungen ihrer Vertrauensleute mit Lohnforderungen. Die Stuttgarter Brauereien verpflichteten sich durch Konventionalstrafe, bei einem eventuellen Brauerstreik keinen der in Stuttgart in Streik getretenen Brauereiarbeiter wieder einzustellen. Sofort unter Hinzuziehung des Stuttgarter Gewerkschaftskartells herbeigeführte Verhandlungen führten noch im November 1892 zum Abschluß eines zunächst auf ein Jahr gekündigten Tarifvertrages.

Das war der erste Tarifvertrag, der in der deutschen Brauindustrie überhaupt abgeschlossen wurde. Seitdem

arbeiteten die Stuttgarter Kollegen ununterbrochen unter tariflich geregelten Verhältnissen. Stuttgart war auch in anderer Hinsicht für die Bewegungen im Reich vorbildlich. Hier wurde neben Greiz i. N. im Jahre 1903 zum erstenmal der den Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes gewährte Urlaub tariflich festgelegt.

Schon einmal fanden sich die Vertreter des Verbandes in Stuttgart zum Delegiertentag zusammen. Im April 1898 fand dort der 11. Verbandstag statt, wo vor allem in bezug auf die Verwaltung der Gesamtorganisation wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Die Arbeit des bisherigen Vorsitzenden Wiehle, der auch zugleich Kassierer und Redakteur war, wurde geteilt und neben dem Vorsitzenden ein Kassierer und ein Redakteur gewählt. Auch wurde von diesem Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung in ihrem heutigen Sinne eingeführt. Bis dahin zahlte der Verband nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Von damals zu heute, welche Entwicklung in der Organisation, in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kollegen und in den allgemeinen Verhältnissen überhaupt. Noch ist alles in Fluß, doch hegen wir die Erwartung, daß der Verbandstag in Stuttgart auch diesmal wieder den Zeitverhältnissen mitzubringende mitbringende Arbeit leisten wird für die Organisation, und damit auch für die Berufsarbeiterschaft.

Gewerkschaftliche Durchbildung.

Der Zustrom neuer Mitglieder zu den Gewerkschaften hält nach wie vor an. In den Berufsgruppen, die einst in völliger Stumpfheit dahinvegetierten, setzt sich der Gedanke des beruflichen Zusammenflusses mit elementarer Gewalt durch, erfasst er Menschen, deren Sinnen und Trachten von solchen Bestrebungen bis zum Tage der Revolution ganz unberührt blieb. Selbst die ehemals ärgsten Dummhäuser, die „Lau-mi-nits“, die in Ehrfurcht vor ihrem Prinzipal zu erstarren drohten, auch sie wollen nicht zurückbleiben, auch sie wollen den Geist der neuen Zeit erfasst haben.

Dieser Zustrom neuer Mitglieder schafft seltsame Verhältnisse. Frisches Blut strömt herein, aber es kommt zu einer Zeit herein, in der die Gewerkschaften recht unvorbereitet solchen Ansturm gegenübersehen. Jede Gewerkschaftsorganisation hat einen Teil ihrer besten Mitglieder, ihrer geschuldesten Kämpfer verloren. Die Zeit verlangt politische und gewerkschaftliche Organisation, und als wenige Tage nach der Revolution hier und da der Ruf erschallt: wir wollen keine Unorganisierten mehr, da melden sich selbst die verstocktesten Nichtverbändler als Mitglieder an.

Nicht alle kamen aus neugeborener, reiner Ueberzeugung. Es waren nicht wenige darunter, die zu den neuen Machthabern genau so hielten, als sie es vorher den alten gegenüber getan hatten. Weil ihnen aber doch innerlich die Furcht inne wohnte, man könnte ihnen ob ihrer früheren entgegengesetzten Haltung Mißtrauen entgegenbringen, da suchten sie durch desto lauteres Betonen solchen Eindruck zu verwischen.

Mißtrauen ist eine demokratische Tugend, jedenfalls konnte da der Rat nichts sagen: man möge sich in schwierigen gewerkschaftlichen Situationen die Mithilfe des bewährten Sachmannes sichern, d. h. man möge im Ernstfall den, der gute oder bessere Ratsschlage geben will, erst daraufhin ansehen, wie lange er bereits Mitglied des Verbandes ist; denn auch in der gewerkschaftlichen Arbeit können wir langjährige Praxis und gesicherte Erfahrungen durchaus nicht entbehren.

In Zeiten, in denen der Zustrom neuer Mitglieder sich in bescheidenen Grenzen hielt, da hielt die Durchbildung der Neuzugewonnenen mit dem Zustrom im allgemeinen Schritt. Heute fehlt es an gewerkschaftlich erfahrenen Kräften schon bei geringem Zustrom, infolge der zahlreichen Kriegsverluste. Fast unmöglich erscheint aber die Aufgabe gegenüber den riesigen neugeborenen Mitglieder. Durchaus mit Recht sagt daher Emil Dittmer: „Es kommt hinzu, daß für den größten Teil der Arbeiter aller Berufe der 4½-jährige Krieg eine förmliche Schule der Gefühlspolitik, der Umbildung, der Rücksichtslosigkeit und der Selbstsucht war.“

Demgegenüber muß wieder eine planmäßige gewerkschaftliche Durchbildungs- und Aufklärungsarbeit einsetzten, die in der Kriegszeit leider gar zu sehr vernachlässigt werden mußte. Auch heute stehen dieser Durchbildung, bei der Fälle der neuartigen Aufgaben große Schwierigkeiten im Wege, und doch muß sie zu den unzähligen vielen anderen Aufgaben mit erfüllt werden. Mehr als es bisher möglich war, sollten die Zusammenkünfte der Kollegen zur gewerkschaftlichen Aufklärung benutzt werden. Besondere Aussprache unter Leitung langjähriger Mitglieder in den Betriebsversammlungen und bei der Arbeit selbst kann darin dankbare Hilfe leisten. Dazu gehört aber in erster Linie, daß vor allem diejenigen Mitarbeiter, die sich auf Grund opferreicher, jahrelanger Tätigkeit genügend Kenntnis der gewerkschaftlichen Bewegung angeeignet haben.

Konferenz der Vertreter der Verbände

Vom 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Konferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab Legien einen Bericht über die gegenwärtige Situation angefaßt des von der Entente und angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übersteigt, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte. Das Verlangen französischer Arbeiterblätter legt er dar, daß man dem deutschen Volk eine jährliche Schwere für die Entente aufzulegen will, um die Verbände seiner früheren Mitglieder zu befreien. Von den durch die internationalen Konferenzen in Leeds und Bern angefertigten Arbeiterforderungen seien nichts im Friedensvertrag wiederholt werden. Eine Konferenz im Oktober d. J. in Washington, auf der der Arbeiterkongress über ein Drittel der Bevölkerung gesehen soll, mit Zweidrittelmehrheit darüber entschieden, was an Arbeiterkongress in den nächsten Monaten ankommen werden soll. Dazu sei der nächste Völkerverband mit 2 Gruppen von Mitgliedern der Gründungsmitglieder sowie die später einlaufenden Mitglieder. In beiden Gruppen sei Deutschland nicht zugelassen, sondern es müsse höchstens später durch einen Zweidrittelmehrheitsbeschluss zugelassen werden. Legien hat deshalb einen Antrag an die Arbeiter aller Länder vorbereitet, der durch Funktelegraphie verbreitet werden soll. Weiter gab Legien den Inhalt des Memorandums der deutschen Friedensdelegation zur Frage des internationalen Arbeiterrechts zur Kenntnis. Erlange dieser Friedensvertrag Stellung, so seien auch die Erzeugnisse der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß, einen Antrag an die organisierte Arbeiterklasse aller Länder zu richten und wählte eine Redaktionskommission zu dessen Ausarbeitung.

Grundsätzlich der Regelung des Lehrlingswesens trägt Sachverständigen für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge und Bestimmungen auszusprechen haben. Ferner wählten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Beschlüsse überwachen sowie darüber entscheiden, welche Arbeiter Lehrlinge stellen dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Prüfungsprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des Lehrlingens Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Fernarbeiten ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungsausschuss müsse in die übliche Arbeitshörer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Register festzusetzen. Auch die Gewerkschaften müssen verpflichtet werden, Lehrlinge in ihren Betrieben einzustellen. Lehrverträge seien nur im Hinblick auf mögliche Betriebe einzurichten. Durch Sammelverträge könne die Wirtschaft der Kleinstbetriebe ergänzt und besonders jugendlichen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen zur Prüfung der Berufsbildung, sowie für Berufsberatung getroffen werden, wozu sich die Zentralkommissionen anzuschließen haben. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommissionen zu regeln. Der jungen ungelerten Arbeiter sei Gelegenheit zu nachträglicher Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die landliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausschaltung der Handwerkskammern und Jungmänner und Heberhebung der Lehrlingsziehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Weiter die Bewirtschaftung gewerkschaftlicher Unternehmungen referierte Wandert, daß das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung einer breiten Mittelschicht von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die imstande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Heberhebung des Wirtschaftswesens, Arbeitergemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertretung, sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Aufgabe sollen in den Betrieben, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelbetrieben über 1000 Einwohner, bewerkstelligt werden, Abendszeit sein und eine vier Wochen dauernd. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Lektüre und Schriftlehre, Arbeitervertretung und gegenseitige Gewerkschaften und Angehörigenverbände. Als Lehrer kommen die Betriebsleiter, Arbeitersekretäre und Lehrmeister früherer Lehrjahre in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Generalversammlung, bis zur nächsten Konferenz über die Angelegenheit Bericht zu legen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Generalversammlung mit, daß für die Nation der Reichsarbeitslosenpolitik die Fortschritte vom Reich gebührt werden sollen. Mit dem Reichsstatistikamt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verlängerung der Berichtstermine verhandelt werden.

Eine Resolution des Gewerkschaftsverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Reichswohlfahrtsminister Schmidt Anlaß, zu erklären, daß in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken (!) oder wenn ein starkes ausländisches Angebot von ausländischen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise im Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande bekämpft werden. Leider haben die Landarbeiter- und Bauernvereine dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der landliche Verbraucherapparat reorganisiert und durch staatliche Anstalten die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Der Minister hofft, daß wir mit den Getreidebauern bis zur neuen Ernte ankommen und die Produktion aufrechterhalten können. Schlechter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (30 Mk. pro Zentner) zu bekommen. Das Reich will Zuschüsse leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichem Preis zur Verfügung zu stellen. Einseitlich der Fleischversorgung müsse für die nächste Zeit keine Sorgenheit für die Sicherung der bisherigen Nationen übernommen werden, da russische Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Widerstand, sondern auch den Widerstand der Landbevölkerung herbeiführen würde. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Einfuhr. Es sind deshalb in der Hauptsache Maßnahmen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits namhafte Abstände für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Versorgungsberechtigte verteilt, nicht geringe Quantitäten ergeben. In erster Linie sollen die Drogenarbeiter und Judenkindergemeinde die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Einfuhr soll die Zentralisation durch stärkere Beteiligung des freien Handels ersetzt werden. In der Aussprache war Seipart der Heberhebung, daß der Schleichhandel mit Lebensmitteln bekämpft werden müsse, wenn der Käufer nicht selbst ungenügende Erzeugung des Viehes und über große Kartoffelvermehrung in manchen Dörfern berichtet. Der Reichswohlfahrtsminister erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Lage der Käufer nicht passiv sei. Jeder untersteht das Publikum trotzdem die Bekämpfung muß viel zu wenig. Die Konferenz faßt das Ergebnis der Aussprache in der Endfassung zusammen, daß sie von der Regierung sofort scharfe Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, daß die Arbeiterklasse immer höhere Lohnforderungen stellen müsse.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtet Seipart, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongress vorgeschlagen, aber aus Unwohlwollensgründen die Gründung eines Bundes verlagert worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriebranche über das ganze Land ausdehnt“. Ein Antrag der Verbände der Gewerbe- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriebranche“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Bezirk Thüringen

Bezirkskonferenz am 18. Mai in Erfurt. Der Vorsitzende der Bezirksstelle Erfurt gedachte bei Eröffnung der Konferenz unseres vertriebenen langjährigen Hauptkämpfers Kollegen Hans Engel, zu dessen Andenken sich die Delegierten erhoben. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Seipart über die Notwendigkeit einheitlichen Kampfes bei Lohnbewegungen. Er hob scharf hervor, daß auf diesem Gebiet Thüringen von jeher vorbildlich gewirkt habe. Denn sei es mit zu danken, daß in unserem Kampfen allenthalben einheitliche Grundzüge zur Geltung gekommen seien, so gleiche Lohn für gleiche Arbeit, Maßstab für Bierfahrer, Regelung nach § 116 des R. G. B., Arbeitsgewährung und dergl. Punkte, die andere Gewerkschaften nur langsam der Revolution nach zu nicht kommen. Wenn es heute andere Gewerkschaften in der Lohnfrage während des Krieges überholt hätten, so trage einen großen Teil der Schuld die Kollegen selbst. Die Wirkungen des Krieges seien für die vertriebenen Betriebe nicht gleichartig gewesen, eine Anzahl sei trotz des Krieges erfrischt, andere mühsamlich zurückgegangen. Da gelte es, an einheitlichen Grundzügen bei unserer Lohnpolitik festzuhalten. Das zu erreichen, sei Hauptaufgabe der heutigen Konferenz. In der Debatte beteiligten sich außer dem Bezirksleiter die Vertreter der Bezirksstellen Kassel, Erfurt, Eisenach, Gotha, Jena, Weimarer, Mühlhausen, Langensalza, Saalfeld und Nordhausen. Die Redner behaupteten, daß an den einseitigen Löhnen nicht allem die Kollegen während des Krieges die Schuld trügen, sondern auch die Hauptverwaltung und Bezirksleitung hätten während des Krieges und bis heute noch unternehmen müssen. Die besten der Thüringer Kollegen waren einbezogen, andere waren durch Wehrdienst abhängig und das Hilfsdienstgesetz, für welches die Gewerkschaften so große Liebe zeigten, habe den weiteren Zugang noch behindert. Heute aber gelte es, die Lohnverhältnisse denen der anderen Berufs gleichzu-

stellen, denn die Schwankungen im Lohn betragen zwischen 42 und 102 Mk. pro Woche im Bezirk. Da die Lebensmittelpreise überall ziemlich die gleichen seien, so könnten als Lohnuntergrenze zwischen Groß- und Kleinstadt nur Miet- und Wohnzuschüsse eine Rolle spielen. Es müßten zwei, höchstens drei Lohnklassen im Bezirk genügen. Eine einheitliche Entlohnung hätte die Kasseler Bezirksstelle zu bezeichnen, denn sie war durch den Streit 1914 und durch den Krieg ziemlich lahmgelegt, heute aber ist sie wieder eine geschlossene Bezirksstelle, wodurch es den Kollegen möglich war, die besten Verhältnisse im Bezirk zu schaffen, die für die anderen Bezirksstellen anspornend wirken müssen.

Am rüchständigsten sind die Verhältnisse in den Mühlen. Durch kleine Gewinne lassen sich die Mühlenarbeiter leider noch beeinträchtigen. Es muß alles versucht werden, auch in den Mühlen Verhältnisse zu schaffen, die denen in den Handwerken ähnlich sind. Doch muß das noch eine gute Agitation einleiten und die Mühlenarbeiterklasse muß erwachen, denn nur eine geschlossene Arbeiterklasse kann durch den nötigen Nachdruck etwas erreichen. Auch für die Holzfabriken sollen ähnliche Verhältnisse wie in den Handwerken geschaffen werden. Unterschiede sind durch nichts begründet. Von mehreren Seiten werden die vielen Fragebogen der Hauptverwaltung beantwortet; man solle im gegenwärtigen Moment nicht zuviel konkretisieren, sondern dem Zentralstellen, die selbst ihre Geschichte leiten können, die nötige Freiheit lassen und sie nicht durch Schreibereien von der praktischen Arbeit ablenken. Mit der Verabfolgung sollte man zurückhaltend sein, denn sie bringt für manchen Kollegen eine Gefahr. Ganz besonderes Gewicht muß der 48-Stundenwoche für Bierfahrer zugewendet werden. Die Verwirklichung liegt vielfach an dem Bierfahrern selbst, zumal ja der 8-Stunden-Gesetz ist.

Nach einigen sich dahin, die Bezirksleitung zu beauftragen, sofort einen Tarifentwurf ausgearbeitet um den Bezirksstellen zur Einsicht zuzuführen. Es soll rasch gehandelt werden, denn die Verhältnisse liegen so, daß eine Verzögerung nicht am Platze ist.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Agitation“, behauptete der Hauptkämpfer, Kollege Seipart, daß nach der Vermögensstatistik über 140 000 Kollegen für uns in Betracht kommen und daß unser Verband erst über 50 000 Mitglieder aufweise. Ein großes Feld sei also noch zu bearbeiten. Während des Krieges seien die Hauptkämpfer, Bezirksstellenräte, Vertrauensleute, Beamte usw. eingesetzt worden, so daß nur an das notwendige gedacht werden konnte. Viele Kollegen wollten nach Kriegsende keine Verträge mehr weil sie glaubten, dem Verband nicht mehr nötig zu haben, aber schon 1915, als die Lebensmittelbewegung einsetzte, wurde einem Teil der Kollegen der Nutzen der Organisation wieder klar. Infolge des militärischen Druckes konnten Streiks nicht geführt werden, gewöhnlich mußten Einzelkämpfer ihre Einzeltätigkeit aufgeben. Heute aber sind die Verhältnisse gestreut, die Kollegen sind zurück, um darf es kein Unpassendes mehr geben. Jetzt heißt es wichtig agitieren, um dem letzten Kollegen zu gewinnen. Selbst wenn der Sozialismus durchgesetzt werde, würden wir die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterinteressen noch gebrauchen. Die Bezirksleitung und Bezirksstellenräte allein können die Agitation nicht bewältigen, sondern jeder Kollege muß mithelfen. Der Agitationsplan muß bestimmt abgegrenzt sein, es darf nicht vornehmlich, daß zwei Bezirksstellen die gleichen Orte bereisen. Die Bezirksstellen sollten bestimmten Grundformen Kollegen ein gewisses Feld zum Bearbeiten zuweisen, dabei aber stets das regelmäßige Weiterarbeiten im Auge behalten, denn letzteres müsse ganz besonders gut funktionieren. In der Urzeit nach hierüber geben recht viele Kollegen ihre Erfahrungen, Lehren und Lehrgänge zum besten. Vor allem sind wir auf dem Wege, mit Unvorsichtlichkeit nicht mehr zu arbeiten. Um dies überall zu erreichen, müssen wir den letzten Kollegen zu uns herüberbringen. Ein Antrag fand Annahme, daß alle Orte, welche kein Kartell oder auch sonst nicht brauchbare Preise haben, in der nächstliegenden Bezirksstelle bleiben und sich einer solchen anschließen sollen. Um für den Mühlenbetriebern mehr Kollegen zu gewinnen und mehr Fuß zu fassen, hätte das Hauptkämpfermitglied Kappeler schon längst eine Agitationsstrategie für Mühlenarbeiter herausgeben müssen. Letzteres wäre besser, als für die Arbeitslosigkeit zu wirken. Besonders der Eisenmacherelegierte sprach sich gegen ihn aus. Mehrere Redner legten sich für Industrie- und Bauernvereine aller Verbände ins Zeug, denn letzteres würde die Erzeugung und Agitation der gesamten Arbeiterklasse getwakt fördern. Seipart sprach sich im Schlußwort für den Ankauf der Betriebskassen aus. Auch der Bund müsse zum Heberbruch bereit sein. Folgende Resolutionen fand einstimmig Annahme:

Die am 18. Mai 1919 in Erfurt versammelten Vertreter der Bezirksstellen des Bezirks Thüringen erkennen an, daß nach wie vor eine starke gewerkschaftliche Organisation zur Bewahrung der wirtschaftlichen Interessen aller in dem Brauereien, Holzgewerken, Eisenbahnen, Mühlen und vertriebenen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmern eine dringende Notwendigkeit ist. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter kann deren Interessen aber nur dann nachgiebig vertreten, wenn der letzte Kollege ihm als Mitglied angehört. Die Konferenz beauftragt, daß die Organisation so stark verwickelt werden, wodurch eine so große Verbundenheit bezüglich der Lohn- und Lebensbedingungen Platz greifen könnte. Um aus derselben herauszukommen, ist eine einheitliche Organisationsstrategie notwendig. Als Weg hierzu erkläre die anwesenden Bezirksstellenvertreter die Verteilung der Agitationsarbeiten in den zu bearbeitenden Orten auf die bestehenden Bezirksstellen und in der Vertreibung unentgeltlicher Agitation durch die Bezirksstellenräte in enger Verbindung mit der Bezirksleitung. Die anwesenden Vertreter verpflichten sich, in dem auf der Konferenz beschriebenen Sinne agitatorisch zu wirken. Die Konferenz erkennt an, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht Sache von Betriebsorganisationen sein kann, sondern beruht auf der Zentralorganisation erfolgen muß. Der im Interesse der Gesamtkollegen liegende einheitliche Zug kann nur dann wieder in die Lohn- und Arbeitspolitik gebracht werden, wenn die einzureichenden Forderungen nach einem System formell und die Verhandlungen einheitlich von

mit der südlichen Brauerei in Goslar... (Text about brewery matters and labor conditions)

Röhren

Döllnitz & Co. für die Kollegen der Döllnitzer... (Text about pipe manufacturing and labor issues)

Die Kollegen in den hiesigen Röhren... (Text about pipe workers' conditions and demands)

Ein mit der Niedermühle abgeschlossener... (Text about a settlement with a mill)

Für die Langenberger Holz... (Text about wood workers' conditions and demands)

Der Organisationsstand... (Text about organizational status and future plans)

Banken, das nunmehr ganz ansehnliche Verbesserungen... (Text about banking and financial matters)

Ein mit den Röhren... (Text about pipe workers' strike and settlement)

Die Kollegen durch einen kurzen Streit... (Text about a strike and its resolution)

Die Kollegen durch festen Zusammenschluss... (Text about labor union strength and demands)

Brennereien, Gefäßfabriken

Die Brennerei Aschewitz bewilligte... (Text about a settlement with a distillery)

Mit den beiden Spiritusfabriken... (Text about settlements with spirit factories)

Korrespondenzen

Die beiden letzten Mitgliedsber... (Text about membership reports and organizational matters)

Die beiden letzten Mitgliedsber... (Text about membership reports and organizational matters)

Rundschau

Aus der Gewerkschaftsbewegung

- List of news items from various trade unions and regions, including dates and locations.

Verbandsnachrichten

Verbandsnachrichten, Redaktion und Redaktion der... (Text about union news and editorial staff)

Die Redaktion ist der... (Text about the editorial office)

Mitteilungen der Hauptverwaltung... (Text about central administration communications)

Sammlungen für die Kriegsgeldentwertung... (Text about collections for war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Beitrag zur Entwertung der Kriegsgeldentwertung... (Text about contributions to war-related financial issues)

Angaben über die Beschäftigten... (Text about employment statistics and labor force)

Der Hauptverband

Gestorbene Mitglieder

- List of deceased members with their names and dates of death.

Unabgezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau

- List of members who have not yet paid their death benefits for their wives.

Eingänge der Hauptkasse

- List of incoming payments to the main treasury.

Veröffentlichung... (Text about public notices and announcements)

Aus den Bezirken und Jahrestellen... (Text about regional and annual reports)

Veranstaltungsanzeigen... (Text about event announcements)

Samstags, den 14. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 15. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 16. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 17. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 18. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 19. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 20. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 21. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 22. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 23. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 24. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 25. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 26. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 27. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 28. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 29. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 30. Juni... (Text about Saturday events)

Samstags, den 1. Juli... (Text about Saturday events)

Samstags, den 2. Juli... (Text about Saturday events)

Samstags, den 3. Juli... (Text about Saturday events)

Samstags, den 4. Juli... (Text about Saturday events)

Samstags, den 5. Juli... (Text about Saturday events)

Samstags, den 6. Juli... (Text about Saturday events)



Wasserseufzer... (Text about a product or service)

Brauerhüte... (Text about a product or service)